



# Cornelia Behm Nachrichten



Informationen der Brandenburger Bundestagsabgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen, Cornelia Behm

Ausgabe 4 – März 2006

KOLUMNE

Gesunde Ernährung

**Liebe Leserin,  
Lieber Leser**

Seit der letzten Bundestagswahl sind Bündnis 90/Die Grünen eine der drei Oppositionsfraktionen, und zwar die kleinste. Oft werden wir gefragt, ob wir schon in der Opposition angekommen sind. Ja, kann ich da sagen, das ging ganz schnell. Für mich insbesondere, schließlich kenne ich diese Rolle noch aus meiner Zeit als Kommunalpolitikerin. Gewöhnlich folgt dann die Frage: Kann man denn in der Opposition überhaupt etwas bewirken für die Menschen, die man vertritt? Auch da kann ich mit einem klaren Ja antworten. Zwar fehlt der Kontakt zur Regierung und zu den Ministerien, viele Fachinformationen müssen jetzt in meinem Büro recherchiert oder mit Hilfe externer Gutachter eingeholt werden, doch es gibt zahlreiche parlamentarische Instrumente, die die Opposition bei ihrer Arbeit unterstützen. Das beginnt mit der Befragung der Regierung, geht über Anfragen und Expertenanhörungen bis hin zu Anträgen und eigenen Gesetzentwürfen. Obwohl von der Regierungskoalition nur bei seltenen Gelegenheiten mit der Zustimmung zu Anträgen der Opposition zu rechnen ist, ist die darauf verwendete Arbeit nicht vergeblich. Oft finden Anregungen – vorausgesetzt sie sind wirklich erfolversprechend und zukunfts-trächtig – ihren Niederschlag in der Regierungspolitik. Das dauert nur manchmal etwas länger. Bestes Beispiel ist die Umweltpolitik, deren Grundstein die Grünen mit ihrer Gründung legten und die jetzt – wenigstens in Teilen – sogar von der schwarz-roten Koalition fortgesetzt wird.

Ihre

Cornelia Behm

## Gammelfleisch und Pestizide: Mehr Schutz für den Verbraucher

**Den Schwerpunkt der Arbeit des neuen Agrar-Ausschusses bildete bisher eindeutig die Lebensmittelsicherheit: ein Gammelfleischskandal jagt den anderen. Pflanzenschutzmittel wurden in Lebensmitteln gefunden. Dass diese Themen im Ausschuss erörtert wurden, dafür haben wir Bündnisgrüne gesorgt.**

Horst Seehofer, der nach dem Willen der CDU nicht mehr Verbraucherminister, sondern wieder ein „richtiger“ Agrarminister sein sollte, musste schnell lernen, wie wichtig Verbraucherschutz ist. Ein Gammelfleisch-Skandal jagte den anderen. Seehofer reagierte scharf, keineswegs beschwichtigend. So entstand der Eindruck, Seehofer setze die Künast'sche Politik der Agrarwende

fort. Der Spiegel schrieb: Seehofer kopiert beim Thema Lebensmittelsicherheit das grüne Erfolgsrezept, hart durchzugreifen bei Lebensmittelskandalen.

Mittlerweile ist der Elan deutlich gedämpft. Das großspurig angekündigte Verbraucherinformationsgesetz lässt seit Monaten auf sich warten. Die Ergeb-

nisse des Lebensmittelmonitorings, nach dem immer noch bei sechs Prozent der untersuchten Lebensmittel Überschreitungen der Höchstmengen auftraten, werden verharmlöst.

### Pestizide in Obst und Gemüse

Aus grüner Sicht sind aber besonders die überhöhten Pflanzenschutzmittelrückstände bei einigen Obst- und Gemüsesorten durchaus problematisch. Hier besteht weiter Handlungsbedarf! Beim vorerst letzten, dem bayerischen Wildfleischskandal stellte dann Seehofers Staatssekretär (auch ein CSU-Mann) erstaunlicherweise fest, die bayerische Staatsregierung habe konsequent reagiert – und das angesichts der offensichtlichen Versäumnisse der bayerischen Behörden.

Für uns Bündnisgrüne ist klar: Wir werden die Bundesregierung – und auch die FDP-Opposition, der es sichtlich und hörbar gegen den Strich ging, dass wir einen Schadstoff nach dem anderen auf die Ausschusstagungsordnung brachten – beim Thema „Gift im Essen“ weiter fordern. Lebensmittelsicherheit ist und bleibt ein grünes Anliegen – im Interesse der VerbraucherInnen und im Interesse der einheitlichen Qualitätsproduktion. Ein Zurück zum „Beschwichtigten“ bei Lebensmittel-skandalen →



**Wird der Griff ins Obstregal zum Gesundheitsrisiko?**

# Mehr Schutz für den Verbraucher

**Pflanzenschutzmittel und Gammelfleischskandal: Wir Bündnisgrüne bringen diese Themen in den Ausschuss. (Fortsetzung von Seite 1)**

→ darf es nicht geben. Die Schwarzen Schafe müssen beim Namen genannt werden. Wer auf Kosten der Gesundheit der Bevölkerung und zu Lasten derer, die sich an Regeln und Vorschriften halten, Geschäfte machen will, muss mit harten Sanktionen rechnen.

Nach den Ankündigungen von drastischen Konsequenzen beim

## „Genhofer“ für Agrogentechnik

Gammelfleischskandal schien es für Seehofer umso wichtiger zu sein, der konservativen Agrarlobby zu zeigen, dass er doch ihr Minister ist. Mit großem Getöse wurde der Ausstieg aus der angeblichen Überförderung des Öko-Anbaus angekündigt. Dass es dort fast nichts zu kürzen gibt, wissen nur die Insider. Von daher wundert es nicht, dass aus den Kürzungen bisher

nichts wurde. Aber die Botschaft kam bei Freund und Feind des Bio-Anbaus an.

Mit der Zulassung von drei Sorten von gentechnisch verändertem Mais ermutigte Seehofer auch die Befürworter der Agrogentechnik. Noch ist aber offen, ob und wie er das Gentechnikgesetz ändert. Die unter Rot-Grün beschlossenen Haftungsregelungen lassen sich nicht so einfach schleifen, wie sich Merkel und Co. das

gedacht haben. Staatsgeld für die Haftung auszugeben, wäre ein Skandal, das spürt auch Seehofer. Die Gentechnikindustrie will nicht in einen Haftungsfonds einzahlen, die Landwirte erst recht nicht, und auch die Versicherer wollten das Risiko nicht versichern. Also bleibt bis auf weiteres unklar, wie Seehofer für Agrogentechnik im Essen sorgen will. Bleibt uns „Genhofer“ doch erspart? Noch wissen wir es nicht.

# Europäischer Gerichtshof stärkt Natur- und Artenschutz in Deutschland

**Deutschland ist vom Europäischen Gerichtshof wegen unzureichender Berücksichtigung des europäischen Naturschutzrechts verurteilt worden. Auch in Brandenburg müssen künftig deutlich mehr Vorhaben auf ihre Vereinbarkeit mit der FFH-Richtlinie überprüft werden.**

In der Fachwelt ging die Nachricht um wie ein Lauffeuer. Bald wurde nur noch von „dem“ FFH-Urteil gesprochen. Am 10. Januar stellte der Europäische Gerichtshof fest, dass einige Bestimmungen im Bundesnaturschutzgesetz nicht mit höherrangigem europäischem Naturschutzrecht vereinbar sind. Im Zentrum der Kritik steht dabei die Umsetzung der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH). Diese schreibt für eine Reihe von Lebensraumtypen und bedrohten Tier- und Pflanzenarten Schutzmaßnahmen vor, um die biologische Vielfalt zu sichern.

Vor sieben Jahren hat sich die Bundesrepublik Deutschland zur FFH-Richtlinie bekannt, ohne dieses Regelwerk jedoch zur Gänze in deutsches Recht zu überführen. Auch die Bundesländer agierten bei der verpflichtenden Übernahme der europäischen Naturschutzbestimmungen in die Landesnaturschutzgesetze eher zögerlich. Nun wird es

## Auch Brandenburg ist betroffen

teuer! Sollten die Auflagen nicht erfüllt werden, droht der Bundesrepublik ein Bußgeld in Milliardenhöhe. Im Zuge der Föderalismusreform könnten solche Strafzahlungen zukünftig auch denjenigen Bundesländern in Rechnung gestellt werden, die sie durch mangelhafte Umsetzung von EU-Recht verursachten.

Das Signal aus Brüssel ist auch an Brandenburg gerichtet. Wasser- und Naturschutzrecht bedürfen hier genauso der Anpassung an europäische Maßstäbe, wie das Fischereirecht. Bisher brauchten die brandenburgischen Behörden beispielsweise nicht die landwirtschaftliche Produktion in einem FFH-Gebiet auf ihre Verträglichkeit für Pflanzen und Tiere zu untersuchen. Dies muss nun geändert werden.

Aber auch Tätigkeiten in unmittelbarer Nähe der FFH-Gebiete müssen kritischer betrachtet werden. So mahnt die „Bürgerinitiative Kontra



Organischer Pflanzenschutz ersetzt Chemie auf dem Acker.

Industrieschwein Hassleben“, dass die Gülle der geplanten Mastanlage in die nahe gelegenen Schutzgebiete sickern kann. Gewässer und Feuchtgebiete würden geschädigt, selbst wenn nicht direkt in den empfindlichen Bereichen gedüngt würde.

Das Urteil verleiht diesem Zusammenhang nun größere juristische Bedeutung.

Außerdem muss der Begriff der „Absicht“ bei der Beeinträchtigung geschützter Arten neu definiert werden. Wurden bisher bei brandenburgischen Straßenbauten oftmals „unabsichtlich“ Lebensräume zer-

stört, kommt es nun auf die vorher geprüfte Wirkung des Bauvorhabens an. Wirkung vor Absicht. „Kollateralschäden“, die naturschutzrechtlich bisher vertretbar waren, müssen künftig planerisch ausgeschlossen werden.

Das Urteil wirkt unmittelbar. Dies hat auch erhebliche Bedeutung für den Ausbau des Flughafens Schönefeld und die Planungen mehrerer Ortsumgehungen. Darüber hinaus durchkreuzt der Europäische Gerichtshof mit seinem Urteil die Pläne der Landesregierung zum weiteren Abbau der Naturschutzstandards. Die Minister der großen Koalition betonen stets, europäisches Recht 1:1 umsetzen zu wollen. Ich nehme sie beim Wort.

## EU-Recht 1:1 anwenden

**Düngung und Pflanzenschutz FFH-verträglich gestalten.**



# Kahlschlag im ländlichen Raum

**Bundeskanzlerin Merkel und Agrarminister Seehofer planen umfassende Einsparungen bei den Fördermitteln für den ländlichen Raum. Kurzfristiger kann man nicht agieren.**

Ziel grüner Agrarpolitik ist es, die Landwirtschaft umweltfreundlicher zu machen und ihr zusätzliche Einkommensquellen zu erschließen. Davon profitieren in erster Linie die ländlichen Räume. Sie erhalten neue Zukunftsperspektiven und das Leben auf dem Land wird wieder attraktiver. Mögliche neue Einkommensquellen sind zum Beispiel die Erzeugung von Bioenergie, die Produktion nachwachsender Rohstoffe sowie der Ausbau des ländlichen Tourismus.

Rückgrat der ländlichen Entwicklungspolitik sind die so genannte „Zweite Säule der europäischen Agrarpolitik“ sowie die „Gemeinschaftsaufgaben Agrar- und Küstenschutz“ (GAK) und „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) des Bundes. Mit ihrer Hilfe können u. a. Investitionsprogramme für Erneuerbare Energien, Dorferneuerungen, Ausgleichszulagen für

Nutzungseinschränkungen in FFH-Gebieten sowie Agrar- und (neuerdings) Wald-Umwelt-Maßnahmen gefördert werden.

Für die neue Bundesregierung haben die ländlichen Räume aber keine Priorität: Bundeskanzlerin Merkel hat beim Europäischen Rat Kürzungen von 350 Millionen Euro jährlich für den ländlichen Raum in Deutschland vereinbart. Das sind 37 Prozent weniger Mittel. Andere Länder haben im Gegensatz dazu mehr Mittel für ihre ländliche Entwicklung ausgehandelt.

Merkel hat die 2. Säule in Brüssel geopfert – Agrarminister Seehofer legt noch einen drauf: Er hat angekündigt, auch die nationalen Fördermittel der GAK für den ländlichen Raum zu kürzen. Hier ist mit einem Minus von 70 Millionen Euro zu rechnen. Hinzu kommen, wie an-

gekündigt, Kürzungen in Höhe von 100 Millionen Euro bei der GRW, mit der strukturschwache Regionen – vor allem in Ost-Deutschland – gefördert werden.

Die Kürzungen der großen Koalition bei der ländlichen Entwicklung sind nicht hinnehmbar. Denn die mit diesen Geldern finanzierten Programme zur Unterstützung regionaler Erzeugung und Vermarktung sowie zum Umwelt-, Verbraucher- und Tiererschutz sind wichtige Bausteine für den Strukturwandel in den ländlichen Räumen. Sie schaffen nachhaltige Arbeitsplätze und geben den Regionen neue wirtschaftliche Perspektiven. CDU und SPD streichen also gerade die Bereiche der Agrarförderung zusammen, die einen zukunftsweisenden Strukturwandel in den ländlichen Gebieten auf den Weg bringen.

**500 Mio. Euro weniger im Jahr**

## Erneuerbare Energien

# Aus für Biokraftstoffe?

**Die große Koalition fügte in letzter Minute einen Punkt in den Koalitionsvertrag ein, der für viel Aufregung sorgte: Die Steuerbefreiung für Biokraftstoffe soll durch eine Beimischungspflicht ersetzt werden.**

„Wo ist das Problem?“, könnte man meinen. Wenn die Mineralölkonzerne fossile Benzin und Diesel Biokraftstoff beimischen müssen, kann ihr Anteil schließlich auch gesteigert werden. Bei näherem Betrachten fallen die massiven Probleme aber ins Auge: Mit der Beimischungspflicht (ohne Steuervergünstigung) von beispielsweise fünf Prozent wird der Markt genau bei dieser Marke gedeckelt. Weitere Investitionen in der Branche würden sich nicht rechnen. Biodiesel und Pflan-

zenöl als Reinkraftstoff würden deshalb wieder vom Markt gedrängt, wenn sie genauso besteuert werden wie Kraftstoff aus Erdöl. Schließlich ist ihre Produktion teurer als die der Treibstoffe aus Erdöl. Bioethanol (-fahrzeuge) und synthetische Biokraftstoffe kämen gar nicht erst auf den Markt. Der Bau landwirtschaftlicher Ölmühlen und die Umrüstung der Fahrzeuge erwiesen sich von heute auf morgen als Fehlinvestitionen. Das große Geschäft bliebe allein den Mineralölkonzernen vorbehalten.

**Pyrrhussieg für Finanzminister**

Die Konzerne werden ihren Bedarf an Biodiesel und Bioethanol

auf dem Weltmarkt decken. Das führt zu einem Preisdruck, bei dem die deutschen Produzenten und Landwirte kaum mithalten können. Der Biokraftstoffboom würde komplett an der deutschen Wirtschaft und den deutschen Landwirten vorbeigehen. Ein Pyrrhussieg für den Bundesfinanzminister. Auf die Steuereinnahmen durch die Landwirte und Biokraftstofffabriken müsste er dann nämlich verzichten.

Der Bundesfinanzminister treibt die Aufhebung der Steuerbefreiung nichtsdestotrotz unverdrossen voran. Zum 1. August soll eine Teilbesteuerung einsetzen, ab dem 1. Januar 2007 ist dann die volle Besteuerung geplant. So setzt die CDU/SPD-Regierung auch bei den Biokraftstoffen das Erbe der rot-grünen Regierung in Rekordzeit aufs Spiel. Nur großer Druck aus der Bevölkerung und insbesondere von Seiten der Bauernschaft kann dies vielleicht noch verhindern.

**Werden Biodiesel-Zapfsäulen bald der Vergangenheit angehören?**



## Energierregion Lausitz



„Neue Energien denken. Umwelt schonen. Arbeitsplätze schaffen.“ – unter diesem Titel präsentierte die Agentur „projekt 21+“ eine Energiespar-Kampagne in Cottbus. Im Laufe des Januars wurde eine umfassende Verbraucherberatung angeboten. Cornelia Behm referierte in diesem Rahmen über die Chancen der „Erneuerbaren Energien in Brandenburg“ und nahm an einem Radelwettbewerb zur Stromerzeugung teil.

## Gewässer im Fokus

Cornelia Behm besuchte am 31. Januar das Institut für angewandte Gewässerökologie GmbH in Seddin. Das Institut erforscht die nachhaltige Nutzung von natürlichen und künstlichen Gewässern.

## Bürgerforum im Milower Land

Am 28. Februar war Cornelia Behm in der Gemeinde Milower Land zu Gast. Monika Schilling vom Kreisverband Havelland hatte ein Bürgerforum organisiert, auf dem über Wirtschaftsentwicklung, Naturschutz und Tourismus beraten wurde.

## Grüne Gentechnik

... war das Thema einer Podiumsdiskussion, zu der Cornelia Behm von der Friedrich Naumann Stiftung eingeladen wurde. Am 25. Januar diskutierte sie in Bad Freienwalde mit Vertretern anderer Parteien über die Risiken des zunehmenden Anbaus von gentechnisch veränderten Pflanzen. Das Augenmerk lag dabei auf den Auswirkungen der grünen Gentechnik für die landwirtschaftliche Struktur und den Verbraucherschutz in Brandenburg.

*Kleine Terminauswahl von Cornelia Behm in Brandenburg. Einen vollständigen und aktuellen Überblick finden Sie unter [www.cornelia-behm.de](http://www.cornelia-behm.de)*

### 23. März 2006

Treffen mit der „Bürgerinitiative Spremberg gegen Sozialabbau“ (BISS) - Bilanz der Hartz- Arbeitsmarktreformen. **Spremberg (Spree-Neiße)**

### 23. März 2006

Besuch des Naturparks Niederlausitzer Landrücken. **Luckau (Dahme-Spreewald)**

### 24. März 2006

Podiumsdiskussion zur Regionalen Wirtschaftsentwicklung im ländlichen Raum. **Sassnitz (Rügen)**

### voraussichtlich 13. Mai 2006

Eigene Fachtagung „Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen in Brandenburg“ gemeinsam mit Kreisverband Oder-Spree. **(Oder-Spree)**

## Zur Einigung im Nationalpark Unteres Odertal

Der geschlossene Vergleich zwischen Nationalparkverein Unteres Odertal und Agrarministerium ist begrüßenswert. Cornelia Behm sieht darin ein wichtiges Signal der Versöhnung an die Befürworter und Gegner des Nationalparks.

Eine zügige Weiterentwicklung des Schutzgebietes wird nun möglich. So muss das Gewässerrandstreifenprogramm wieder aufgenommen werden und die weitere Ausweisung der Totalreservate zügig erfolgen. Auch sollte das Land Brandenburg den Nationalpark bei der Ansiedlung von Betrieben und mit günstigen Konditionen für ungenutzte Flächen fördern.

Pressemitteilung vom 8. Februar 2006

## Glückwünsche für Marianne Birtler

Zur Wiederwahl als Bundesbeauftragte für Stasiunterlagen gratuliert Cornelia Behm. „Marianne Birtler hat in den letzten Jahren gute Arbeit geleistet. Es ist erfreulich, dass sie ihre Tätigkeit in den kommenden Jahren fortsetzen kann. Sie ist ein Garant dafür, dass die Geschichte der Staatssicherheit weiter aufgearbeitet wird“.

Pressemitteilung vom 26. Januar 2006

## Über uns

# Neues Team mit vertrauten Gesichtern

*Nachdem wir in den Wochen nach der Wahl unsere Fraktionsarbeit neu geordnet haben, habe ich zum Jahreswechsel auch mein neues und zugleich vertrautes Büroteam zusammengestellt.*

An erster Stelle möchte ich Rüdiger Herzog und Sieglinde Philipp für ihre großartige Arbeit in meinem Büro in der letzten Legislaturperiode danken. Rüdiger, den ich mir bisher mit meinem sächsischen Kollegen Peter Hettlich „teilte“, hat von Peter nun eine volle Stelle angeboten bekommen, so dass ich ihn leider ziehen lassen musste.

Winfried Schröder ist aus meinem Wahlkreisbüro in das Berliner Büro gewechselt. Dort bearbeitet er gemeinsam mit Jens Dörschel die breite Themenpalette, für die ich mich in der Bundestagsfraktion engagiere. Da Opponieren viel schwerer ist

als Regieren – auch wenn manch einer vom Gegenteil überzeugt sein mag – sah ich mich gezwungen, die Sachbearbeiterstelle von Sieglinde Philipp in Berlin gegen eine zweite wissenschaftliche Mitarbeiterstelle auszutauschen.

Im Potsdamer BürgerInnenbüro habe ich einen neuen Mitarbeiter: Olaf Goldschmidt aus Eberswalde. Olaf hat sich im vergangenen Winter

## Staffelde – industrielle Mastanlage verhindern

Als positives Beispiel für Bürgerpartizipation wertet Cornelia Behm die Verhinderung der Massentierhaltung in Staffelde. Hauptkritikpunkte der Anwohner waren die Geruchsbelästigung, erhöhtes Verkehrsaufkommen und das Gülleproblem. Aufgrund der Ablehnung zog der dänische Investor seine Pläne in der Öffentlichkeit zurück. Es gibt jedoch Anlass zu vermuten, dass das Vorhaben noch nicht endgültig vom Tisch ist. Der Kampf geht also weiter.

## Kritik an Fehlverwendung von Solidarpaketmitteln

Cornelia Behm kritisiert, dass Brandenburg einen Großteil der Solidarpaketmittel für konsumtive Ausgaben oder zum Stopfen von Haushaltslöchern verwendet, anstatt sie für Investitionen zur Überwindung der teils bedingten Infrastrukturdefizite einzusetzen. Sollte sich das nicht ändern, stehen ab 2009 große Probleme ins Haus. Denn ab dann werden die Solidarpaketmittel stetig abgeschmolzen. Wenn der Landeshaushalt bis dahin nicht konsolidiert ist, sind dramatische Einschnitte zu befürchten.

### Und so verteilen sich die fachlichen Zuständigkeiten in meinem Berliner Abgeordnetenbüro:

Jens Dörschel: Agrar, Wald, Nachwachsende Rohstoffe, Fischerei, Gartenbau sowie Natur- und Umweltschutz.

Winfried Schröder: Aufbau Ost, regionale Wirtschaftsförderung, Entwicklung ländlicher Räume, ländlicher Tourismus, Verkehr sowie Alleenschutz.

als Praktikant in meinem Bundestagsbüro nützlich gemacht, so dass wir ihn kennen lernen konnten. Nunmehr ist er der Ansprechpartner für meine politische Arbeit im Land Brandenburg.

## Impressum

Cornelia Behm Nachrichten

### Herausgeberin:

Cornelia Behm (V.i.S.d.P.)  
Wahlkreisbüro,  
Jägerstr. 18, 14467 Potsdam  
Tel.: 0331.887 10 56  
Fax: 0331.887 10 55  
Internet: [www.cornelia-behm.de](http://www.cornelia-behm.de)  
[cornelia.behm@wk.bundestag.de](mailto:cornelia.behm@wk.bundestag.de)

### Fotos & Grafiken:

– Seiten 1 und 3:  
Bildagentur Waldhäusl –  
– Seite 2: [www.oekolandbau.de](http://www.oekolandbau.de)  
© BLE 2002-2005 / Thomas Stephan –  
– Seiten 3 (Rückblick) und 4:  
Büro Cornelia Behm –

### Layout/Satz:

WortSchlag.net  
Postfach 880135 – D-13107 Berlin  
Tel./Fax: 030.243 55 868  
Mail: [service@wortschlag.de](mailto:service@wortschlag.de)  
[www.wortschlag.net](http://www.wortschlag.net)

### Druck:

Druckerei E. Stein  
Hegelallee 53  
14467 Potsdam

(v.l.): Olaf Goldschmidt,  
Jens Dörschel,  
Cornelia Behm,  
Winfried Schröder.

